

## GASTKOMMENTAR

„Ignatius von Assisi“ hat der österreichische Journalist Rudolf Mitlöhner seinerzeit den ersten (Jesuiten-)Papst der Geschichte genannt, der den Namen des italienischen Nationalheiligen Franziskus wählte. Seine Sozialenzyklika „Laudato si“ (2015), die schnell als „Öko-Enzyklika“ etikettiert wurde, war am „Sonnengesang“ des Heiligen orientiert. Nun hat Papst Franziskus – wo sonst? – in Assisi seine zweite Sozialenzyklika unterschrieben, verfasst unter dem Eindruck der politischen und gesellschaftlichen Verwerfungen, die die Corona-Pandemie nicht verursacht, aber aufgedeckt und zugespielt hat.

Nachdem der Titel des Lehrschreibens bekanntgegeben wurde und heftige (aus meiner Sicht hysterische) Debatten über „Fratelli tutti“ („Alle Brüder“) aufkamen,

musste der Vatikan erklären, dass es sich dabei um inklusive Schreibweise handle. Mit dieser Anrede hatte sich Franz von Assisi „an alle Brüder und Schwestern“ gewandt, „um ihnen eine dem Evangelium gemäße Lebensweise darzulegen“ (FT 1). Der deutsche Untertitel der Enzyklika: „Über die Geschwisterlichkeit und die soziale Freundschaft“.

Hatte Franziskus 2015 beim orthodoxen Patriarchen Bartholomaios Inspiration gefunden, erwähnt er diesmal mehrmals den ägyptischen Großimam Ahmad Al-Tayyeb. Als sich die beiden im Februar 2019 in Abu Dhabi trafen, unterzeichneten sie das „Dokument über die Brüderlichkeit aller Menschen für ein friedliches Zusammenleben in der Welt“, auf das Franziskus wiederholt zu sprechen kommt. Franziskus hat sich diesmal



## Barmherzigkeit – realpolitisch

VON ANDREAS J. BATLOGG SJ

(neben seinem Namenspatron und Charles de Foucauld) auch von Nichtkatholiken anregen lassen: Martin Luther King, Desmond Tutu, Mahatma Gandhi.

Enzykliken vertiefen und führen weiter, was ein Papst auch sonst sagt und schreibt. Wim Wenders kann sich freuen: Drei Mal wird auf seinen Film „Papst Franziskus – Ein Mann seines Wortes“ (2018) Bezug genommen:

„Die Welt braucht Hoffnung!“ „Fratelli tutti“ kommt oft auf „Laudato si“ zurück und auf das Apostolische Schreiben „Evangelii gaudium“ (2013). Migration, Fremdenfeindlichkeit, Nationalismus, Hassgruppen im Netz, soziale Aggressivität auf Handys, die Mentalität der „Wegwerf-Kultur“, Relativismus: Diese Themen brennen Franziskus unter den Nägeln.

Wenn er der Politik empfiehlt, auf Nächstenliebe, Barmherzigkeit und Zärtlichkeit zu achten, mag man das als realpolitische Naivität bezeichnen. Aber sind deren Methoden zielführender? Nicht umsonst wird an Hiroshima und Nagasaki erinnert, an Menschenrechte, Sklaven- und Menschenhandel, ethnische Säuberungen, Ausbeutung, sexuellen Missbrauch von Kindern, werden gleiche Rechte und gleiche Würde für Frauen (ein Bumerang-Thema für die katholische Kirche) eingeklagt.

Franziskus ist nicht nur fromm. Er ist auch konkret. Konkreter, als manchen Regierungen lieb sein dürfte. Etwa wenn er bei humanitären Krisen für vereinfachte Antragsverfahren plädiert und darum bittet, mehr Visa auszustellen (FT 130). Wer nur auf Umfragen schiele, verges-

se zu fragen: „Wie viel gesellschaftlichen Frieden habe ich gesät? Was habe ich an dem Platz, der mir anvertraut wurde, bewirkt?“ (FT 197) Kann man sich da noch hinter Political Correctness verstecken? Ein Seelsorger spricht aus „Fratelli tutti“: Die Enzyklika will Hoffnung machen – und aufrütteln. Zu einem anderen Lebensstil einladen. Franziskus erinnert daran: „Die Zärtlichkeit ist die Straße, die die mutigsten Männer und Frauen beschritten haben“ (FT 194). Diese Enzyklika ist politisch brisant und ungemein aktuell! Der „Globalisierung der Gleichgültigkeit“ wird eine Spiritualität der Geschwisterlichkeit entgegengestellt.

Jesuitenpater Andreas R. Batlogg war von 2009 bis 2017 Herausgeber und Chefredakteur der in München erscheinenden Kulturzeitschrift „Stimmen der Zeit“.

## IN KÜRZE

## Angriff nahe Hamburgs Synagoge

Ein Mann hat am Sonntagmittag in der Nähe der Synagoge in Hamburg einen 26-jährigen angegriffen und erheblich verletzt. Das bestätigte die Polizei. Es geht laut Berichten um eine offenbar antisemitische Attacke, bei der ein Mann (29) in militärischer Kleidung einen jüdischen Studenten (26) mit einer Schaufel verletzt haben soll. Polizisten, die zum Schutz der Synagoge vor Ort waren und den Vorfall beobachteten, haben den Angreifer festgenommen. Der Staatsschutz ermittelt.

## Das Datum

**5. Oktober 1980:** Bei der Bundestagswahl kann sich die sozialliberale Koalition von Kanzler Helmut Schmidt (SPD) gegen den Unionskandidaten Franz Josef Strauß (CSU) behaupten. CDU/CSU werden mit 44,5 Prozent erneut stärkste Kraft, die SPD erreicht 42,9 Prozent, die FDP kommt auf 10,6 Prozent.

## Demonstration gegen Masken

Tausende Menschen haben am Bodensee für und gegen die Corona-Politik demonstriert. Mit einer sogenannten Friedensmenschentafel hat unter anderem die Initiative „Querdenken“ laut Polizei am Samstag 11 000 Menschen um den See herum mobilisiert. Eine wie geplant durchgängige Menschenkette durch Österreich, Deutschland, Liechtenstein und die Schweiz sei nicht geglückt. Die Organisatoren hatten auf 250 000 Teilnehmer gehofft.

## Berg-Karabach: Kämpfe nehmen zu

Die Kämpfe zwischen Armenien und Aserbaidschan um die Kaukasusregion Berg-Karabach haben sich am Sonntag ausgeweitet. Nach Angaben aus Baku wurde erstmals Gandscha, die zweitgrößte Stadt Aserbaidschans, unter Beschuss genommen. Zugleich gab es erneut schwere Angriffe auf die Hauptstadt Berg-Karabachs, wo die Stromversorgung zusammenbrach.

## Die Lage

## Aktuelle Zahlen zum Coronavirus

Stand: 4. Oktober 2020, 18.30 Uhr. In den Daten des RKI können Nachmeldungen enthalten sein. Zum Teil waren deshalb wiederholt Daten aus Oberbayern formal höher als aus ganz Bayern.

Fälle gesamt	Neue Fälle	Tote
<b>Weltweit</b>		
34975593	318101	1034403
Genesene		24347869

Deutschland		
300477	2279	9509
Genesene (Sonntag)		261 977

Bayern		
68 892		2663
Genesene		61 030

Oberbayern		
31 737	170	1034
Daten von 2. Oktober		k.A.*

\* = bisher keine Daten  
Quelle: LGL, Johns Hopkins University

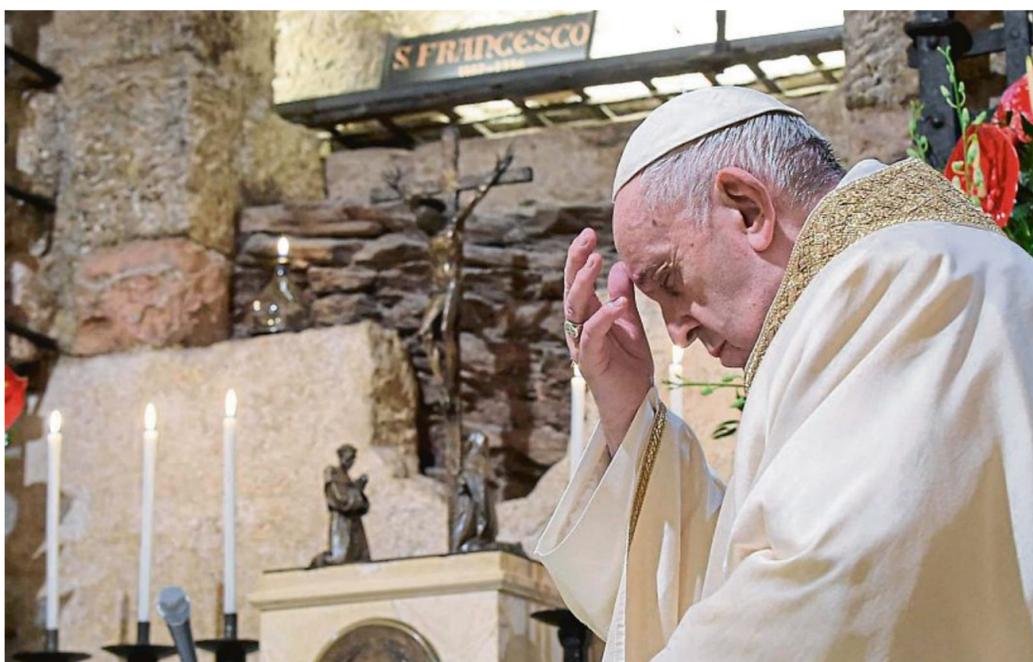
## Aufruf zu einem neuen Humanismus

In seiner Enzyklika „Fratelli tutti“ fordert Papst Franziskus „gesellschaftliche Nächstenliebe“. Zahlreiche Abschnitte widmet er dem Thema Migration.

VON JULIUS MÜLLER-MEININGEN

Rom – Die Welt scheint aus den Fugen zu geraten, Konflikte, Auseinandersetzungen und Not nehmen zu. Papst Franziskus nimmt das zum Anlass, die Menschen zu einem neuen Humanismus aufzurufen. In seiner am Sonntag veröffentlichten Enzyklika „Fratelli tutti“ schreibt das Oberhaupt der katholischen Kirche: „Ich habe den großen Wunsch, dass wir in dieser Zeit, die uns zum Leben gegeben ist, die Würde jedes Menschen anerkennen und bei allein ein weltweites Streben nach Geschwisterlichkeit zum Leben erwecken.“

„Fratelli tutti“, das dritte große Grundsatz-Lehrschreiben von Papst Franziskus nach „Lumen Fidei“ (2013) und „Laudato Si“ (2015) trägt den Titel nach einem Text von Franz von Assisi, dem Namenspatron des Papstes. Franziskus hatte am Samstag erstmals seit der Corona-Pandemie wieder den Vatikan verlassen und war nach Assisi gereist, wo er die Enzyklika am Ende einer Messe am Grab des Heiligen unterschrieb. Der Papst versteht sein Schreiben „über die Geschwisterlichkeit und die soziale Freundschaft“ als „de-



Besuch in Assisi: Papst Franziskus zelebriert die Messe in der Krypta der Basilika St. Franziskus.

FOTO: VATICAN MEDIA/DPA

mütigen Beitrag zum Nachdenken“ angesichts der Krise, in der sich die Menschheit befindet. Er wolle in den „Dialog mit allen Menschen guten Willens“ treten.

Die Corona-Pandemie habe die „Unfähigkeit hinsichtlich eines gemeinsamen Handelns zum Vorschein“ gebracht und die bereits bestehenden Konflikte in der Welt verschärft. In einer schonungslos analysierenden Gegenwart weist Franziskus auf „verbohrte, übertriebene, wütende und aggressive Na-

tionalismen“ hin, auf weit verbreiteten „Egoismus“ und den „Verlust des Sozialempfindens“. Als Beispiele für Ungerechtigkeit erwähnt der Papst Armut, Rassismus, die Gleichbehandlung von Frauen gegenüber Männern, moderne Sklaverei, sowie den Umgang mit Migranten, aber auch mit alten Menschen.

Wie schon in der Vergangenheit kritisiert der Papst ein verbreitetes „Wirtschaftsmodell, das auf Profit gründet und nicht davor zurückscheut, den Menschen auszu-

beuten, wegzuworfen und sogar zu töten“. Die Zerbrechlichkeit der weltweiten Systeme angesichts der Pandemie habe gezeigt, „dass nicht alles durch den freien Markt gelöst werden kann“.

Ausgehend von einer Analyse des Gleichnisses vom barmherzigen Samariter stellt der Papst fest: „Wir sind Analphabeten, wenn es darum geht, die Gebrechlichsten und Schwächsten unserer entwickelten Gesellschaften zu begleiten, zu pflegen und zu unterstützen.“ Die Folge

sei eine „kranke Gesellschaft, die versucht, in ihrem Leben dem Schmerz den Rücken zuzukehren“. Wenn immer mehr Menschen hingegen „die Zerbrechlichkeit der anderen annehmen“, könne sich die Gemeinschaft erneuern. „Es muss ein Bewusstsein dafür entstehen, was ein Mensch wert ist“, heißt es in „Fratelli tutti“. Jeder Mensch besitze eine Würde.

Zahlreiche Abschnitte widmet er der Migration. „Niemand darf aufgrund seiner Herkunft ausgeschlossen

werden“, schreibt der 83-jährige Pontifex aus Argentinien. Die Devise im Umgang mit Migranten lautete „aufnehmen, schützen, fördern, integrieren“. Er verstehe Furcht vor Einwanderung. Die Menschen sollten aber „über diese primären Reaktionen“ hinausgehen. Konkret fordert er unter anderem eine größere Zahl humanitärer Visa und Korridore, sowie die Vereinfachung von Asyl-Verfahren.

In den beiden Schlusskapiteln spricht sich der Papst gegen Krieg und die Todesstrafe sowie für den friedensstiftenden Dialog zwischen den Religionen aus: „Rache löst nie wirklich das Ungemach der Opfer.“ Versöhnung werde „im Konflikt erreicht, wenn man ihn durch Dialog und transparente, aufrichtige und geduldige Verhandlungen löst“. Die Religionen könnten „einen wertvollen Beitrag zum Aufbau von Geschwisterlichkeit und zur Verteidigung der Gerechtigkeit in der Gesellschaft“ leisten.

Kardinal Reinhard Marx würdigte die neue Enzyklika als bedeutsamen Beitrag für die Schaffung von Frieden und Gerechtigkeit. „Eine tiefe Sehnsucht nach Frieden, nach Gerechtigkeit, nach Versöhnung und vor allem nach Zusammenhalt ist in der Corona-Pandemie wie in einem Brennglas deutlich geworden, ebenso wie die weltweite gegenseitige Abhängigkeit und der Mangel an wirksamer globaler und multilateraler Kooperation“, teilte der Münchner Erzbischof mit.

## Italien: Salvini vor Gericht

Ex-Innenminister muss sich wegen Flüchtlingspolitik verantworten

Rom – In der italienischen Hafenstadt Catania hat am Wochenende eine gerichtliche Anhörung von Ex-Innenminister Matteo Salvini wegen seiner harten Flüchtlingspolitik stattgefunden. Vor dem Gerichtsgebäude wollte sich der sonst gesprächige Chef der rechtsradikalen Lega am Samstag nicht äußern, später zeigte er sich der Justiz gegenüber aber versöhnlich und betonte: „Das ist kein politischer Prozess.“ Salvini wird vorgeworfen, vergangenes Jahr 116 Flüchtlinge, die an Bord eines Schiffs im Mittelmeer ausharrten, nicht auf das italienische Festland gelassen zu haben.

Die Migranten, die größtenteils aus dem Sudan sowie Zentral- und Westafrika stammten, wurden im Juli auf dem Mittelmeer von der

Matteo Salvini  
Chef der rechten Lega

„Gregoretta“ gerettet. Statt auf das Festland gebracht zu werden, mussten die Menschen jedoch mehrere Tage auf dem Schiff der Küstenwache ausharren. Der Vorfall löste international Kritik aus.

Salvini wird beschuldigt, seine Befugnisse als Innenminister missbraucht zu haben. Für den Oppositionsführer und Lega-Vorsitzenden steht viel auf dem Spiel: Sollte er zu mehr als zwei Jahren Haft verurteilt werden, könnte er

von einer Kandidatur als Ministerpräsident bei den Parlamentswahlen 2023 ausgeschlossen werden. Salvinis Verteidigung forderte eine Einstellung des Verfahrens, auch die Staatsanwaltschaft schloss sich dem an. Das Gericht kann dennoch einen Prozess anordnen.

Vorerst bekam Salvini aber noch einmal eine Verschnaufpause: Das Gericht beschloss, unter anderem auch Ministerpräsident Giuseppe Conte zu befragen und die Vorverhandlung zu einem Prozess gegen Salvini erst am 20. November fortzusetzen. Salvini, der zuvor noch die Justiz wegen des Verfahrens attackiert hatte, sagte danach, der Richter sei „unabhängig“. Er hob hervor: „Die italienische Justiz ist eine Justiz, die funktioniert.“

## Corona-Chaos in Spanien

Corona: Politik streitet über die Abriegelung der Hauptstadt

Madrid – Im Corona-Hotspot Madrid streiten die Politiker über die richtigen Gegenmaßnahmen, während sich die zunehmend verunsicherte Bevölkerung irgendwie zu arrangieren versucht. Einen breiten politischen Konsens bei der Bekämpfung der Pandemie wie in Deutschland gibt es in Spanien nicht.

Die Hauptstadt weist mit die höchsten Zahlen an Neuinfektionen Westeuropas auf und ist deshalb wie neun weitere Kommunen im Umland seit dem Wochenende vom Rest des Landes weitgehend abgeriegelt. Das hatte die linke Zentralregierung von Ministerpräsident Pedro Sánchez durchgesetzt, die der Stadt Untätigkeit vorwirft.

Der Ärger in der Bevölkerung ist groß. „Vielen Dank für das Chaos, Pedro“, ärgerte

Pedro Sánchez  
Ministerpräsident

sich die konservative Regionalpräsidentin Isabel Díaz Ayuso, die sich gegen die Abriegelung vor Gericht wehrt und sie für eine wirtschaftliche Katastrophe hält. Experten werfen ihr jedoch vor, zu spät und zu wenig gegen die seit August wieder steigenden Zahlen unternommen zu haben. Der Bürgermeister von Madrid, José Luis Martínez-Almeida, fand für die Abriegelung nur ein Wort: „Quatsch“ sei das.

Die Regionalregierung hatte vor zwei Wochen die Teilabriegelung nur einiger besonders betroffener Stadtgebiete angeordnet, die die Bewohner nur aus triftigem Grund verlassen durften. Seit der Abriegelung der ganzen Stadt dürfen sich nun plötzlich wieder alle Bürger frei im ganzen Stadtgebiet bewegen. „Es gibt jetzt mehr Bewegung in der Hauptstadt“, schimpfte der Bürgermeister. „Die Regierung hat Madrid in ein Chaos gestürzt.“

Die betroffenen Bürger machen unterdessen ihrem Unmut über die absurde Situation Luft. Das Wort absurd sei dauernd in der Stadt zu hören, schrieb die Zeitung „El País“ am Sonntag. Die Menschen würden der Politik angesichts des Durcheinanders nicht mehr trauen.